

Das Programm einer starken Reichsführung.

Reichskanzler Hitler entwickelt in seiner großen Reichstagsrede die Ziele, Wege und Pläne der Regierung der nationalen Revolution.

In der gestrigen Reichstagsitzung gab Reichskanzler Adolf Hitler folgende programmatische Regierungserklärung ab:

Männer und Frauen des Deutschen Reichstags! Im Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die Nationalsozialisten und die Deutsche Nationale Volkspartei Ihnen durch einen Initiativantrag ein „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ zur Beschlussfassung unterbreitet. Die Gründe für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende:

Der November 1918 und seine Folgen.

Im November 1918 rissen marxistische Organisationen durch eine Revolution die volkssche Gewalt an sich. Die Monarchen wurden entthronnt, die Reichs- und Landesbehörden abgesetzt und damit die Verfassung gebrochen. Das Ergebnis der Revolution im materiellen Sinne sicherte die Attentäter vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland habe seine Regierung trüge die Schuld am Ausgang des Krieges. Diese Behauptung war wissenschaftlich und fachlich falsch. In der Folge führte aber diese im Interesse unserer damaligen Feinde liegende unwahre Anschuldigung zu schwerer Unterdrückung des gesamten deutschen Volkes. Unter Bruch der uns in den 14 Punkten Wilsons gemachten Zusicherungen begann für Deutschland, d. h. für das losstehende deutsche Volk, eine Zeit grenzenlosen Unglücks. Alle, die von den Männern des November 1918 gemachten Versprechungen erwiesen sich, wenn schon nicht als betrügerische Irreführung, so doch als nicht minder verbärmenswerte Illusionen. Die Errungenheiten der Revolution waren nur für kleinste Teile unseres Volkes angenehm, für

die überwiegende Mehrzahl aber, soweit sie sich durch redliche Arbeit das tägliche Brot verdienen muhte, unendlich traurig. Der Selbstbehauptungsstreit führte die daran schuldigen Männer zu tausend Beschönigungen und Ausreden. Der nüchterne Vergleich der tatsächlichen Entwicklung in den 14 Jahren mit den damals gemachten Versprechungen fällt aber für die verantwortlichen Regisseure dieses

in der deutschen Geschichte beispiellosen Verbrechens vernichtend aus.

Unser Volk hat in dieser Zeit auf allen Gebieten einen Verfall erlebt, der vorher kaum vorstellbar war. Die Frage, was in dieser Zeit hätte noch schlimmer kommen können, ist unter Berücksichtigung der Grundwerte unseres Volkes sowie der einst vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Erdmasse nicht zu beantworten. Das deutsche Volk hat trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Dingen sich steigend von den dafür verantwortlichen Parteien und Männern abgewandt. Die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen war trotz der suggestiven Bedeutung und rücksichtslosen Ausnutzung der Regierungsgewalt am Ende nur ein Bruchteil der gesamten Nation. Es ist weiter das charakteristische Merkmal dieser 14 Jahre gewesen, daß, abgesehen von natürlichen Schwankungen, die Linie der Entwicklung konstant nach unten führte. Dies deprimierende Erkenntnis war mit einer der Ursachen der allgemeinen Verzweiflung.

Sie förderte die Einsicht von der Notwendigkeit einer gründlichen Abkehr von den Ideen, Organisationen und Männern, in denen man mit Recht die tiefere Ursache des Verfalls zu erkennen glaubt.

seiner Komplicen zu lüften. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.) Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktion dieser Organisation ist weder dem deutschen Volk noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen. Nur durch ihr blitzschnelles Zuschlagen hat die Regierung eine Entwicklung verhindert, die bei einem katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde. Manche von denen, die sich heute aus Haß gegen die nationale Erhebung innerhalb und außerhalb Deutschlands mit den Interessen des Kommunismus verbünden, würden selbst die Opfer einer solchen Entwicklung geworden sein. Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinungen nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch in dem des übrigen Europas resslos zu bekämpfen. Dabei handelt es sich jedoch für die Regierung nicht nur um die negative Bekämpfung des Kommunismus, sondern vor allem um die positive Aufgabe der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte.) Nur die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft vermag allein diese zersetzenden Tendenzen schon im Keime zu erlösen. Durch die Errichtung einer solchen weltanschaulichen Gemeinschaft brauchen unsere Beziehungen zu den anderen Völkern nicht zu leiden. Die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland ist allein eine innerdeutsche Angelegenheit, an der die übrige Welt nur indirekt interessiert sein mag, als der Ausbruch des kommunistischen Chaos in Deutschland zu furchtbaren Folgen für das übrige Ausland führen könnte.

Das Reich und die Länder.

Das Sinken des Ansehens der Reichsregierung, das sich aus dem unsicheren inneren Verhältnis in Deutschland ergab, regte bei verschiedenen Parteien in einzelnen Ländern zu Vorstellungen an, die mit der Reichseinheit unvereinbar sind. Das Übermaß des zerplatteten eigenstaatlichen Lebens in der Vergangenheit war der Welt- und Lebensstellung unseres Volkes verderblich. Mit dieser Feststellung soll aber nicht als die Aufgabe einer überlegenen Staatsführung hingestellt werden, organisch gewachsene Kräfte nur wegen eines theoretischen Prinzips einer zügellosen Unitarisierung zu befürchten. Es ist jedoch die Pflicht der nationalen Regierung, den Reichsgebieten an sich über alles zu erheben. Die Wohlfahrt der Kommunen und der Länder ist ja auch gleichermaßen abhängig von der Kraft des Reiches. Länder und Kommunen bedürfen des Schutzes eines starken Reiches.

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, durch das Ermächtigungsgesetz die Länder aufzubauen, wohl aber wird sie Weisungen treffen, die geeignet sind, auf immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intensivierungen im Reich und in den Ländern zu gewährleisten. Dabei wird das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der Länder nicht vergewaltigt werden. Der Zustand einer gegenseitigen Heraushebung der Reichs- und Landesregierungen mit Zuhilfenahme der Möglichkeiten der politischen Propaganda ist jedoch ein unmöglich. Unter keinen Umständen wird es daher geduldet werden, daß etwa in Zukunft wieder einmal deutsche Minister sogar unter Zuhilfenahme des Rundfunks sich vor der Weltöffentlichkeit gegenseitig herabsetzen.

Der Weg zur Neugestaltung der Verfassung.

Zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaft führt es, wenn sogar im Rahmen der normalen Legislaturperiode von vier Jahren das Volk gewünscht ist, an die 20 Male zur Wahlurne zu gehen. Hier wird die Reichsregierung einen Weg finden, um innerhalb der Legislaturperiode durch eine einmalige Willenskundgebung des Volkes im ganzen Reichsgebiet die Verhältnisse in den gesetzgebenden Körperschaften festzustellen.

Die Weiterentwicklung dieser Dinge wird sich aus dem Verlauf ergeben. Die geistliche Fundierung der Neugestaltung der Verfassung wird von dem Volk selbst zu bewilligen sein. Die Regierung der nationalen Revolution sieht es dabei als ihre Pflicht an, die Elemente von der Einstellung auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewußt und mit Absicht dieses Leben der Nation negieren. Theoretische Gleichheit vor dem Gesetz kann nicht dazu führen, grundähnliche Verächter des Gesetzes zu tolerieren und ihnen die Nation auszuliefern. Die Gleichheit vor dem Recht wird aber allen zugestanden, die mit für die Nation eintreten und die der Regierung ihre Unterstüzung nicht versagen. Es wird zu den höchsten Aufgaben der Regierung gehören, die geistigen Führer der Vernichtungstendenzen zur Verantwortung zu ziehen, die verführten Millionen Vollgekommenen aber zu retten. Das Anwachsen dieser zersetzenden Bewegungen ist überhaupt nur eine Folge der Schröder der früheren Regierungen. Es ist nun Sache des Reichstags, auch zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Am Schluß des Kommunismus aber und der sich mit ihm verbündenden Organisationen ändert dies nichts.

Keine monarchistische Restauration.

Die nationale Regierung sieht im Hinblick auf die im Volk herrschende Not die Frage einer monarchistischen Restauration als undisputabel an, schon wegen dieser jetzt herrschenden Notlage des Volkes. Sie würde den Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust in einzelnen Ländern als Angriff auf die Reichseinheit betrachten

Hitler gibt das Programm seiner Regierung bekannt

Der Kanzler im Brauenhemd bei der Abgabe der Regierungserklärung.

Hinter dem Reichskanzler auf dem Präsidialstuhl Reichspräsident Goering, der die Tribünen beobachtet.

Reichskanzler Hitler hielt am zweiten Sitzungstage des Reichstags seine mit Spannung erwartete große Rede, in deren Verlauf die Richtlinien der zukünftigen deutschen Außen- und Innenpolitik kennzeichnete.

